

Sprache ist nicht nur ein Kommunikationsmittel, sondern Ausdruck von Ansichten und neuen Erkenntnissen und somit veränderlich. Um dem Rechnung zu tragen, verwenden wir bei historischen Bezügen den Begriff „Frau“, so wie er 1968 Verwendung fand. Wenngleich die Bedeutung des Begriffs „Frau“ bereits damals hinterfragt und dekonstruiert wurde, fanden begriffliche Änderungen erst später statt. Auch war die damalige Frauenbewegung unseres Wissens nach primär cis-weiblich (und heterosexuell, weiß, mittelständig). Da viele Lesben in feministischen und Frauen-Kontexten aktiv waren taucht auch in einigen Texten der selbstgewählte Begriff „FrauenLesben“ auf, den wir an diesen Stellen übernehmen. Mit der Queer-Theorie in den 1990er Jahren setzte sich allmählich mit der Sichtbarmachung von queeren Identitäten auch eine sprachliche Veränderungen durch um die Zweiteiligkeit von Geschlecht in Frage zu stellen. So wird bis heute die Denkweise kritisiert, dass es nur ein „weibliches“ und ein „männliches“ Geschlecht gibt. Daher verwenden wir im Rest des Textes das Gender-Sternchen (), um auch die Menschen mit einzubeziehen, die sich nicht in das binäre System einordnen sowie um die Idee einer Zweiteiligkeit von Geschlecht, mit ‚dem Weiblichen‘ und ‚dem Männlichen‘ als gegensätzliche Teile eines Systems, zu hinterfragen.*

Ausbeutung ja – aber bitte gendergerecht

Eine Kritik an Gender Mainstreaming in der neoliberalen Hochschule

Barrikada Rosarot & Revolutionary Res (2018)

2018: das Jahr der Jubiläen - doch was wird hier gefeiert?

Berlin. 1948. Im Steglitzer Titania-Palast wird die feierliche Gründung der Freien Universität begangen. Die Gründung geschieht als Reaktion auf vorherigen Geschehnisse an der Universität Berlin (heute Humboldt-Universität von Berlin). Die sich im Ostteil der Stadt befindliche Universität Berlin gelang zunehmend unter die Kontrolle der sowjetischen Besatzungsmacht. Mit dem Resultat, dass mehrere Studierende zunächst zu Zwangsarbeit verurteilt wurden und kurz darauf anderen Studierenden die Zulassung verweigert wurde (Freie Universität Berlin o.J.). Als Gegenprojekt dazu, auch anhand großer finanzieller Unterstützung der USA, vor 70 Jahren die Freie Universität gegründet.

Frankfurt, 1968. Delegiertenkonferenz des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS). Dass Helke Sander den allein aus Männern bestehenden Vorstand des SDS mit Tomaten bewarf, wird heute als Beginn der 2. Welle der Frauenbewegung bezeichnet. In dem Jahr feierte die Freie Universität ihr 20-jähriges Jubiläum und Ulrike Meinhof schrieb „in eigener Sache“¹ einen Text, der den Tomatenwurf legitimierte: „[d]iese Frauen aus Berlin in Frankfurt wollen nicht mehr mitspielen, da ihnen die ganze Last der Erziehung der Kinder zufällt, sie aber keinen Einfluß darauf haben, woher, wohin, wozu die Kinder erzogen werden. Sie wollen sich nicht mehr dafür kränken lassen, daß sie um der Kindererziehung willen eine schlechte, gar keine oder

eine abgebrochene Ausbildung haben oder ihren Beruf nicht ausüben können, was alles seine Spuren hinterläßt, für die sie in der Regel selbst verantwortlich gemacht werden. Sie haben klargestellt daß die Unvereinbarkeit von Kinderaufzucht und außerhäuslicher Arbeit nicht ihr persönliches Versagen ist, sondern die Sache der Gesellschaft, die diese Unvereinbarkeit gestiftet hat“ (Meinhof 1968). Meinhof machte deutlich, dass sich die gesellschaftliche Stellung der Frau auch an den Hochschulen widerspiegelte und die Forderung nach geschlechtlicher Gleichstellung selbst in linken Kontexten umstritten war obwohl diese Herrschaft, Unterdrückung und Ausbeutung kritisierten.

Berlin, 2018. Freie Universität - „Gender und Diversitykompetenz“ wird auf der Studienangebotsseite der FU als wichtiges Qualifikationsziel benannt. Das Margherita-von-Brentano-Zentrum für Geschlechterforschung ist eine interdisziplinär und international ausgerichtete Zentraleinrichtung der Freien Universität. Gender Mainstreaming findet man nicht mehr nur in sozialwissenschaftlichen Lehrbüchern, sondern wird interdisziplinär gelehrt und der scheidende Präsident a.d. Peter Andre Alt lässt verlauten, man habe „die Förderung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern [...] als herausragende Zukunftsaufgabe erkannt“². Es klingt, als könnte man den Hochschulen auf die Schulter klopfen und ihr anerkennend zunicken „Gut gemacht, willkommen im 21. Jahrhundert, endlich gehen wir es an“.

¹ Der vollständige Text „die Frauen im SDS oder in eigener Sache“ (1968) von Ulrike Meinhof ist auf S.28 in diesem Heft zu finden.

² „Zukunft von Anfang an“, lautet das Motto der Freien Universität Berlin (FU) und Justitia, die Gerechtigkeit, ist als ein Leitbegriff im Siegel verankert. „Die Förderung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern wurde deshalb an der Freien Universität schon frühzeitig als herausragende Zukunftsaufgabe erkannt“, sagt FU-Präsident Prof. Dr. Peter-André Alt: „Wir können auf eine bald 40-jährige Tradition erfolgreicher und vorbildlicher universitärer Gleichstellungspolitik zurückschauen.“ So wurde bereits 1974 eine Kindertagesstätte für den Nachwuchs von Angestellten und Studierenden eingerichtet und sieben Jahre später die „Zentraleinrichtung zur Förderung von Frauen- und Geschlechterforschung“ gegründet. Diese fördert die Integration von Frauen-

und Geschlechterforschung, Gender- und Diversity-Kompetenz in Wissenschaft und Ausbildung und unterstützt Studierende, Lehrende und Forschende in diesem Bereich. Seit 1991, direkt nachdem im Berliner Hochschulgesetz das Amt der Frauenbeauftragten verankert wurde, gibt es an der FU eine zentrale Frauenbeauftragte für die gesamte Universität sowie dezentrale Frauenbeauftragte an den verschiedenen Fachbereichen. Zudem ist Chancengleichheit zwischen Frauen und Männern ein Kriterium für die Mittelzuweisung an die Fachbereiche. Insbesondere für die Berufung von Frauen auf unbefristete Professuren gibt es finanzielle Anreize.“ (TOTAL E.-QUALITY Deutschland e.V. o.J.).

³ Der Begriff Frauenbewegung bezieht sich in diesem Text ausschließlich auf die 2. Welle der Frauenbewegung ab 1968 in Deutschland.

⁴ Die Bologna-Reform ist eine Reihe an Reformen die in allen EU-Ländern durchgeführt wurden, um innerhalb der EU die Hochschulsysteme anzugleichen. Neben der Einführung des Bachelor- und Mastersystems hat die Reform in Deutschland dazu geführt, dass Studierenden weniger Freiheit und Selbstständigkeit in der Gestaltung ihres Studiums gewährt wird, was den Studienverlauf und die Auswahl der Module angeht.

⁵ „Eine umfassende Definition des Begriffs Drittmittel liefert die Universität Zürich in ihren Richtlinien: »Drittmittel sind Einnahmen aus Verträgen, durch die sich die Universität ... Dritten gegenüber verpflichtet, Forschungs-, Lehr- oder universitäre Dienstleistungen zu erbringen«. Drittmittel sind damit öffentliche oder private Mittel, deren inhaltliche Ausrichtung maßgeblich außerhalb der Einrichtung definiert wird, z.B. in Ausschreibungen der Ministerien oder Stiftungen, oder aber zu einem gewichtigen Teil von außen mitentwickelt wird, z.B. in Kooperationen mit Firmen.“

50 Jahre nach 1968 und zum 70. Jubiläum der Freien Universität Berlin wollen wir den Zusammenhängen der Historischen Ereignisse nachgehen und uns fragen, ob es wirklich etwas zu feiern gibt. Wir zeichnen den Zusammenhang zwischen dem Freiheitsgedanken im Gründungsethos der FU Berlin und dem Freiheitsgedanken des Gender Mainstreaming, um deren gemeinsames Verständnis von Freiheit und Gleichheit kritisch zu hinterfragen. Warum befreit uns der Freiheitsgedanke der FU Gründung nicht und entsprechen aktuelle Gleichstellungskonzepte wie Frauen*Quoten, Diversity und Repräsentation wirklich dem, was wir unter Befreiung und Emanzipation verstehen? Dabei nutzen wir die in der Anfangsphase der 2. Welle der Frauenbewegung³ geäußerte radikale Kritik an den gesellschaftlichen Verhältnissen und beziehen sie auf die gegenwärtige Situation der FU Berlin.

Freiheit von was und für wen?

„Die Stadt Berlin hat durch ihre entschlossene Haltung gegenüber brutalen Methoden bewiesen, dass sie nicht gewillt ist, sich zum zweiten Male dem Joch des totalitären Zwanges auflegen zu lassen und das Gut der Freiheit preiszugeben. In diesem Ringen ist es notwendig, das akademische Studium vor Einflüssen zu bewahren, welche die Ehrlichkeit und Selbstständigkeit von Lehre und Forschung bedrohen“ (Gründungsaufruf 1948).

Damit wendete sich der Gründungsethos der Freien Universität Berlin in klassisch liberalistischer Manier gegen staatliche Einflussnahme auf Forschung und Lehre. Trotz der Ablehnung der ideologischen Einflussnahme kam es der Gründung der FU Berlin damals zu Gute, dass der Konflikt zwischen der kapitalistischen Besetzung im Westen der Stadt und der kommunistischen Besetzung durch die Sowjetunion im Osten die US-Amerikaner dazu veranlasste, die Gründung der FU finanziell zu unterstützen, wovon der Henry-Ford-Bau heute noch zeugt. „Frei von politischem Einfluss wollten Studierende und Wissenschaftler an der Freien Universität lernen, lehren und forschen“, so steht es in der Gründungsgeschichte der FU (Freie Universität Berlin 2011). Primär bedeutete das für die USA frei von kommunistischen Ideen, wofür die FU unter anderem nach Vorbild des US-amerikanischen Bildungssystems aufgebaut wurde. Für die Gründer*innen war die FU zwar ein Gegenmodell zu der staatlichen Einflussnahme, jedoch nicht frei von politischen Idealen. Einige der Gründungsmitglieder waren national-liberal eingestellt, wie z.B. der Mitgründer des Berliner Tagesspiegel, Edwin Redslob, oder der erste Fraktionsvorsitzende der Berliner FDP, Carl-Hubert Schwennicke. Auch die Rede von John F. Kennedy im Jahr 1963 an der Freien Universität bestärkte ihre liberale Vorreiterrolle in Berlin und in West-Deutschland (Kennedy 1963).

Liest man die Gründungsgeschichte der Freien Universität Berlin, so zeigt sich, dass der Freiheitsbegriff, wie er im Gründungsethos enthalten ist, dem klassischen Liberalismus entspringt. Dieser propagiert die Freiheit des*der Einzelnen als höchstes Gut, welches geschützt werden muss vor staatlicher Übermacht oder sonstiger kollektiver Kontrolle. Dabei wird Freiheit ga-

rantiert durch Individualismus und die Gleichheit aller Individuen in Form von Gleichbehandlung. Eigentum als zentral schützenswertes Gut bedarf staatlicher Gewährleistung, Umverteilung oder Kritik an der Entstehung von Eigentumsverhältnissen werden als Angriff auf die Freiheit des Individuums gewertet und somit delegitimiert. Somit verschleiert der Liberalismus nicht nur, dass in einer Konsumgesellschaft individuelle Freiheit von ökonomischen Verhältnissen abhängt, sondern auch die Hierarchien, die einhergehen mit einer Gesellschaft in der der Reichtum einzelner auf der Ausbeutung vieler basiert. Während Eigentum durch Ausbeutung entlang von gesellschaftlichen Kategorien wie race/ class/ gender entsteht, gibt der Liberalismus vor, Eigentumsverhältnisse sind Ergebnis individueller Fleißes und Erfolgs.

Auf den universitären Kontext bezogen, propagiert die Gründungsidee der FU eine neo-liberale Ausrichtung von Bildung - individueller Erfolg in einem System in dem jede*r gegen jede*n konkurriert. In der Lehre ist dies seit der Bologna-Reform⁴ nicht mehr nur auf nationaler sondern Europa-weiter Ebene der Fall, in der Forschung stehen die Exzellenzinitiative und der Drittmittelzwang⁵ exemplarisch für den globalen Konkurrenzdruck. Ganz nach dem Motto „Jede*r ist sich selbst am nächsten“ bedeutet die liberalistische Denkweise, dass die gesellschaftliche Hierarchisierung und Individualisierung die durch den Arbeitsmarkt produziert wird, unkritisch weitergegeben wird. Das Bildungssystem vermittelt uns, dass wir uns nur am besten behaupten müssen - Realität ist aber, dass unsere Gesellschaft wie eine Pyramide aufgebaut ist - und da ist oben nun mal nur Platz für wenige. So garantiert das System, dass, dass wir alle Leistung bringen in der Hoffnung aufzusteigen, auch wenn klar ist, dass nur für einen Bruchteil von uns Allen „oben“ platz ist. „Freiheit“ ist die demnach die Freiheit derer, die mit 1,0er- Abitur ihren Studiengang frei wählen dürfen. „Freiheit“ bedeutet, dass wir die Seminare in unserem 55-Stunden-Wochenplan selbst wählen dürfen, nicht aber, wie viele Stunden in der Woche wir für unser Studium aufbringen wollen. „Freiheit“ bedeutet, wir dürfen uns selbst aussuchen, wo wir ein unbezahltes Praktika machen, „Freiheit“ bedeutet, dass wir uns am Wochenende selbst aussuchen dürfen, ob wir nach Dahlem fahren oder doch lieber in der zentralen Grimm-Bibliothek lernen. Unsere Freiheit also beläuft sich auf beliebig viele Möglichkeiten unser Leben zu gestalten, innerhalb eines vorgegeben Rahmens - der individuellen Karriere, in der die* gewinnt, die* am meisten Leistung vorzeigen kann. Kurz gesagt, die FU fördert Karrierist*innen, Expertentum und einzelgängerischen Führungsanspruch⁶. Wer es schafft, die Leiter nach oben zu klettern, soll sich freuen (trotz Burnout, Überstunden und keinem Privatleben) - der Rest von uns tummelt im Dreck.

Liberalistische Freiheit? - der Frauenbewegung 68 nicht genug

So kritisierte die Frauenbewegung bereits in den 1960er Jahren die Mechanismen von Unterdrückung und Leistungszwang. Allein durch die „Anpassung an ein Leistungsprinzip, unter dem ja gerade auch die

Männer leiden und dessen Abschaffung das Ziel ihrer Tätigkeit ist“, wäre es Frauen möglich, in der Gesellschaft die gleiche Stellung wie Männer einzunehmen (Sander 1968). Die Frauen der Frauenbewegung wollten die Rolle der Frau in der Gesellschaft, die damals vor allem im Privatleben stattfand, aufbrechen, nicht aber um den Preis, die Rolle des Mannes* anzunehmen, der zwar in öffentlichen und führenden Positionen tätig war, aber unter dem Zwang von Konkurrenz und Leistungsdruck stand. Hier ist zu betonen, dass die Frauenbewegung mehrheitlich weiß, bürgerlich und cis-weiblich⁷ war. So konzentrierten sich die Kritik vor allem auf die Rolle von Frauen mit diesem Hintergrund. Trotzdem erkannte die Bewegung einen strukturellen Zusammenhang zwischen ihrer Rolle als Hausfrau die unbezahlte Hausarbeit leisten sollte und der Rolle der Ehemänner die arbeiten sollten. Diese Erkenntnis, dass das kapitalistische System nur durch das Zusammenwirken verschiedener Rollen funktionieren konnte, veranlasste die Bewegung zunächst zu einer radikalen Position nicht allein gegen ihre gesellschaftliche Rolle, sondern das System als Ganzes – den patriarchal-kapitalistischen Staat.

Von der Autonomie zum Gender Mainstreaming

Die Rolle der Frau als Hausfrau, als Person die sich im privaten aufhielt und abhängig blieb von ihrem Ehemann, dadurch dass ihre häuslichen Tätigkeiten nie offiziell entlohnt wurden, wurde demnach nicht allein abgelehnt weil Frauen* diese Rolle nicht länger hinnehmen wollen, sondern auch weil sie sie als eine ihnen von den herrschenden Männern* auf erzwungene Rolle. Der Rolle des Mannes aber wollten die Frauen wie oben geschildert auch nicht nacheifern. Stattdessen machten sie es sich zur Aufgabe das „Subjekt Frau“ zu ergründen (Truman 2004). Frauenhäuser wurden gegründet, Selbstverteidigungskurse veranstaltet, Frauenläden geöffnet, Frauenberatungsstellen eingerichtet und an den Universitäten Forschungsstellen für feministische Theorie und Geschlechterforschung eingerichtet (Ibid). Der Weg der eigenen Subjektfindung sollte somit durch Autonomie in Form von Selbstorganisation abseits vom Staat und temporär auch abseits von Männern* innerhalb dieser Frauenprojekte realisiert werden. Doch während die Frauenprojekte den Frauen* ermöglichten, innerhalb des kapitalistisch-patriarchalen Systems ein selbstbestimmtes Leben zu führen, stießen sie schnell an die Grenzen des Systems (Mies 2015). Ein Großteil der Frauenprojekte basierte auf freiwilliger Arbeit, die Autonomie der Frauen* war also begrenzt durch die eigenen Ressourcen, welche wenig bis keine waren, hatte das System Frauen* doch bisher verweigert, Lohn zu erhalten oder Kapital zu besitzen. Auch verstärkte sich die Kritik daran, dass die politische Praxis vieler Frauen* sehr nach innen gerichtet war und zum Teil sogar gesellschaftlich isoliert stattfand.

Der radikalen Ablehnung des Systems folgte demnach eine Debatte über die Möglichkeiten, ohne Institutionalisierung, ohne finanzielle Unterstützung durch den Staat, innerhalb eines Wirtschaftssystems wie dem unseren existieren zu können. Während die radikale Position lautete, dass Frauenprojekte nicht das Ziel ha-

ben sollten, Frauen in das System zu integrieren und ihnen eine bessere Stellung innerhalb des Systems zu verschaffen, so verlauteten Marxist*innen wie Maria Mies, dass die Frauenbewegung politikfähiger werden sollte, mit dem Ziel, sich zwar den gesellschaftlichen Herrschaftsstrukturen, nicht aber der eigenen Macht, zu verweigern (Ibid). Ergebnis dieser Debatte war, dass die Frauenbewegung zunächst den staatlichen Institutionen die über Gesetzgebung und gesellschaftlicher Umsetzung bestimmten, nicht länger den Rücken zuwendete, sondern zu versuchen, diese zu übernehmen und von Innen zu verändern. In anderen Worten, war die Überlegung, führende Berufe und politische Tätigkeiten aufzunehmen und diese so zu gestalten, dass Ausbeutung und Hierarchien nicht länger reproduziert würden (Truman 2004).

Gender Mainstreaming - Gleiche Ausbeutung für Alle?

Es folgte der Marsch durch die Institutionen. Hier erfuhren Frauen* Diskriminierung in und durch diese und die Problemanalyse veränderte sich. Statt wie bisher die Ausbeutung der Frauen* durch Männern* als elementar für das kapitalistische System anzuprangern, ging es hauptsächlich um Diskriminierung aufgrund fehlender Gleichbehandlung, welche es zu beheben galt. Aus der Suche nach Befreiung und Emanzipation aller wurde die Forderung nach Geschlechtergleichstellung. Mit dieser Entwicklung wurde vor allem deutlich, dass die Frauenbewegung primär weiße, bürgerliche cis-Frauen vertrat. Denn während diese anfangen durch Gleichstellung eine Verbesserung ihrer Position zu erkämpfen, bleibt dies bis heute nur möglich anhand der Ausbeutung von Schwarzen Frauen*, Frauen* of Colour und Frauen* die Berufen arbeiten, die keinen höheren Bildungsabschluss voraussetzen.. Aus der Frauenbewegung wurde so eine Frauenrechtsbewegung, welche nicht weiter antagonistisch zum Staat standen, sondern „im Mainstream angekommen ist“ (Truman 2004). So verabschiedete der Bundestag 1994 folgende Änderung des Grundgesetzes:

„Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.“ (Art. 3, Abs. 2 GG)

Dort wo der Liberalismus die Gleichbehandlung aller als „Gleichheit vor dem Gesetz“ erwirkt hatte, griff ab nun das Gender Mainstreaming in der Forderung, dass der Staat sowohl präventiv als auch korrektiv die tatsächliche Gleichstellung der Geschlechter herstellen sollte. Dass die Debatte und der Kampf um Gender Mainstreaming vor allem von Akademiker*innen geführt wird, zeigt sich allein daran, dass sich Gender Mainstreaming hauptsächlich auf die Gleichstellung von Frauen* und Männern* in der Erwerbstätigkeit konzentriert und dort oft nur bezogen auf besser bezahlte Berufe - so auch an der FU Berlin.

Wer sich die Berichte der ‚Zentralen Frauenbeauftragten‘ der FU Berlin anschaut wird schnell feststellen können, dass diese sich inhaltlich vor allem auf ein Thema konzentrieren - den Quotenanteil an „Frauen“ über alle wissenschaftliche Positionen der einzelnen

(Schuld o. J.) An der FU Berlin verpflichteten sich Professor*innen bei dem Erwerb von Drittmitteln. Die Berufung von einer befristeten Juniorprofessur zu einer Professur hängt davon ab, ob der*die Bewerber*in Drittmittel während der Juniorprofessur erworben hat. Genauso wie „Erfahrungen in der Einwerbung und Durchführung von Drittmittelprojekten“ mittlerweile ein hartes Kriterium in jedem Berufungsverfahren für neue Professor*innen ist.

⁶ Dieser Ethos findet sich heute wieder in dem politischen Programm der „Vereinten Mitte“ (die stärkste Professor*innen-Liste in den gewählten Hochschulgremien, die auch die letzten beiden Präsidenten stellte): „Die Vereinte Mitte verfolgt ihre Ziele auf kollegiale Weise und behält dabei das Gesamtinteresse der Universität im Blick. Die Freie Universität an die Spitze zu führen, sichert und erweitert die Beschäftigungs- und Laufbahnchancen für alle Mitglieder unserer Universität einschließlich unserer Absolventinnen und Absolventen“ (Vereinte Mitte 2006).

⁷ Cis-gender bedeutet, dass die geschlechtliche Identität einer Person übereinstimmt mit dem Geschlecht übereinstimmt, welches der Person bei der Geburt zugewiesen wurde.

⁸ Gendermainstreaming wurde in den 80er Jahren in den USA entwickelt und kommt unter dem Begriff „Managing Diversity“ aus der Organisationsentwicklung von Unternehmen welche sich durch die Förderung von Diversität einen Vorteil in der Personalentwicklung versprochen (Krell 2000).

Fachbereiche sowie universitäre Gremien hinweg aufgeschlüsselt. Festgehalten wird, wie hoch der Anteil an „Frauen“ bei Professuren, Juniorprofessuren, Promotionsstellen, Master- und Bachelor-Studienplätze ist. Auch stehen Probleme wie Sexismus, Kita-Plätze oder Rhetorik-Empowerment mit auf der Agenda, denn Chancengleichheit ist nur gewährleistet, wenn Alltags-Diskriminierung abgeschafft wird und Skills, die beruflichen Erfolg verschaffen, wie zum Beispiel rhetorische Schlagfertigkeit, auch von allen gekannt werden. Hingegen geht es bei der Reproduktionsarbeit wie sie in den Mensen oder durch die Putzkräfte geleistet wird nicht darum, die Männer*-Quoten zu heben.

So können wir resümieren, dass 50 Jahre nach dem Beginn der 2. Welle der Frauenbewegung vor allem eines erfolgreich erkämpft wurde: das Recht weißer bürgerlicher cis-Frauen, genauso wie ihre Ehemänner, Karriere zu machen, in Aufsichtsräten zu sitzen, und Führungspositionen in Unternehmen einzunehmen. Es steht außer Frage, dass selbst dieses Recht bisher nur unzulänglich umgesetzt wird. Obwohl die FU bundesweit gut abschneidet, sind weiterhin nur 36% der Professuren von Frauen besetzt. Dass diese mit hoher Wahrscheinlichkeit alle weiß, cis-weiblich sind und aus einem akademischen Haushalt kommen wird nicht mal thematisiert. Doch ist mit Blick auf Frauen*quoten, dem Gender Pay Gap und der infamösen „Glassdecke“ der Skandal für uns ein anderer.

Denn die Gründe, warum einige Berliner*innen 1968 den „Aktionsrat zu Befreiung der Frauen“ gründeten, bleiben bis heute bestehen. Der Preis für das Bestehen des patriarchal-kapitalistischen Systems ist nicht gesunken: an der Uni werden wir zu Karrierist*innen gemacht (heute eben Frauen* wie Männer*) und nehmen Burn-Outs, psychische Erkrankungen, Vereinzelung, Überstunden und extremen Leistungsdruck in Kauf. Umd diese zu ermöglichen braucht es diejenigen, die unter schlechteren Arbeitsbedingungen noch schlechter bezahlt werden. Diejenigen, die die schlechte bis unbezahlte Reproduktionsarbeit leisten, welche die Frauen* mit Karriere nicht leisten wollen oder können: Frauen* aus Osteuropa die die Eltern von Professor*innen pflegen, Frauen* mit Migrationshintergrund die als Nanny die Kinder von Karriere-Paaren groß ziehen, schlecht bezahlte Erzieher*innen-Jobs in den Kindergärten der Universitäten; Putzkolonnen von Menschen ohne deutschen Pass, die nachts um 4 Uhr unsere Seminarräume für 8,50€/ Stunde säubern; Menschen, die im spanischen Almería als illegale Arbeitskräfte das Gemüse pflücken, dass in der Mensa auf dem Speiseplan steht. Konzepte wie Gendermainstreaming mit ihrem Ursprung in der liberalen Verwertungslogik von Unternehmen haben hierbei ihren Anteil⁸. Anstatt über Ausbeutungsverhältnisse zu sprechen, reproduzieren Gender-Mainstreaming Narrative die patriarchal-kapitalistische Gesellschaft: sie geben vor Kind und Karriere wären vereinbar, sie geben vor, Kind und Karriere wären die erstrebenswerten Lebenswege aller Frauen*. Vor allem aber, greifen sie die Logik der Ausbeutung nicht an, sondern verschieben die Ausbeutungsverhältnisse zu Gunsten von weißen cis-weiblichen Akademiker*innen.

Hochschule als Teil des Problems

Gender Mainstreaming ist ein Beispiel dafür, wie radikale Ziele bis zur Unkenntlichkeit ins herrschende System eingepasst werden. Jegliche Kritik an Ausbeutung und Unterdrückung, sowie der Wunsch nach Emanzipation für Alle scheint in Vergessenheit geraten, wenn Mensch das Konzept des Gendermainstreamings anschaut. 2018 scheint es, als haben sich die liberalen Grundsätze von 1948 durchgesetzt und die radikalen Forderungen der 68er nach einer tatsächlich befreiten Gesellschaft wurden, neben realen Lebensverbesserungen für akademische Frauen*, in den Mühlen des Neoliberalismus zermahlen.

Doch unsere Vorstellungen und unsere Forderungen ähneln in ihren Grundzügen denen von früher. Wir wollen eine Gesellschaft ohne Konkurrenz und Ausbeutung und nicht eine, in dem der Lebensstil und das Reichum der/des Einen darauf basiert, dass andere an Hungerlöhnen sterben oder die Umwelt vernichtet wird, und damit bereist für viele eine Existenzgrundlage. Wir wollen ein Bildungssystem, in dem wir lernen, miteinander aufeinander zu achten, und nicht gegeneinander aufgehetzt werden. Wir wollen ein System, in dem es mehr als ein Lebensmodell von Kleinfamilie und Karriere gibt. Wie Meinhof schon feststellte, die Hochschulen sind Teil des Systems in dem wir leben. Sie sind Teil des Problems und in ihrer Ausgestaltung mitverantwortlich für dessen Fortbestehen. Neben kleinen Inseln der kritischen Forschung und Lehre sind sie primär Ausbildungsfabrik und Vorreiter um neue Wege der Verwertungslogik zu entwickeln und die Ausbeutung innerhalb der Hochschule sowie innerhalb der Gesellschaft weiter zu optimieren. Wenn wir heute sagen, wie kämpfen als Queerfeminist*innen, als Frauen*, Lesben, Trans* und Inter*personen, kämpfen intersektional und antirassistisch, dann tun wir das nur, wenn wir auch die Systemfrage stellen. Das heißt, auch Universität als Institution radikal zu hinterfragen – inklusive dem Lebensmodell, die sie uns vermittelt. Neben aller Kritik und den Ohnmachtsgefühlen mit denen diejenigen, die eine andere Gesellschaft wollen, immer wieder zu kämpfen haben, erfreuen wir uns über Orte und Momente, an die diese Verwertungslogik durchbrochen wird. Seien es die selbstverwalteten unkommerziellen Studi-Cafés, studentische Projekte wie die „Manufacturing Race“ Ausstellung, der Ruf nach einem Bildungstreik, die Besetzung des Instituts für Sozialwissenschaften an der HU Berlin zum Erhalt von kritischer Lehre, selbstorganisierte Lesekreise und Seminare, oder wenn wir unseren Kommiliton*innen trotz Abwesenheit in die Anwesenheitsliste eintragen, unsere Notizen für die Klausur mit dem ganzen Kurs teilen und Studis rassistische Aussagen von Professor*innen oder Kommiliton*innen laut widersprechen.

Universität sollte der Ort sein, in dem wir die liberale Interpretation des Freiheitsbegriffes diskutieren, Eigentum in Frage stellen, Pläne schmieden wie wir solidarische, queer-feministische Praxen umsetzen können. Bildung sollte ein Prozess sein, in dem wir frei sind, ein anderes Miteinander zu schaffen. Doch Zeit und Raum für solche Gedanken werden uns durch Platzmangel an Unis, Lohnabhängigkeit, Regelstu-

dienzeitdruck und kreative Konsumideen des Marktes kaum gegeben. Oft empfinden wir es als wesentlich relevanter, für die Work-Life Balance ins Kino zu gehen, Pilates zu machen oder das Wochenende durch zu feiern – denn auch diese Tätigkeiten werden an und durch Universitäten ermöglicht. Momente, in denen neue Beziehungen und Miteinander entstehen und mensch ein Gefühl dafür bekommt, was eine andere Gesellschaft bedeuten kann sind rar, aber durch erkämpfte Freiräume zeitweise ermöglicht worden. In diesen Momenten handeln wir Umgangsformen miteinander neu aus - die von quotierte Redelisten und Neugestaltung von Carearbeit, solidarische Spendenkassen, die Organisation eigener spannender Lehrveranstaltungen und wichtiger anti-rassistischer und anti-faschistischer Bildungsarbeit und mehr. Diese Momente sind rar und es gilt sie zu schaffen und sie zu verstetigen. Denn auch für Feminist*innen gilt: Niemand ist wirklich frei, wenn nicht alle frei sind.

Literatur:

Adamczak, Bini. 2017. *Beziehungsweise Revolution- 1917, 1968 und kommende*. Suhrkamp Verlag.

Freie Universität Berlin. o.J., „Kleine Chronik der FU-Berlin | 1945-1948 |“. Zugegriffen 19. August 2018. http://web.fu-berlin.de/chronik/chronik_1945-1948.html.

Gründungsaufruf der Freien Universität Berlin. 1948. Online: Freie Universität Berlin. „Gründungsaufruf • Universitätsarchiv • Freie Universität Berlin“. Zugegriffen 19. August 2018. <https://www.fu-berlin.de/sites/uniarchiv/fugeschichte/archivschau Fenster/gruendungsaufruf/index.html>.

Freie Universität Berlin. 2011. „Gründungsgeschichte“, Zugegriffen 19. August 2018. <https://www.fu-berlin.de/universitaet/leitbegriffe/gruendungsgeschichte/index.html>.

Kennedy, John F. 1963. Rede an der FU Berlin. Zugegriffen 19. August 2018. https://www.fu-berlin.de/sites/kennedy/dokumente/rede_audio/index.html.

Krell, Gertraude 2000: *Managing Diversity - Chancen für Frauen*. in: Kobra (Hg.) *Managing Diversity - Ansätze zur Schaffung transkultureller Organisationen*. Kobra-Werkstattpapier zur Frauenförderung Nr. 14. Berlin. 27-35.

Meinhof, Ulrike. 1968. „Die Frauen im SDS oder In eigener Sache“. *Konkret* Nr. 12.

Mies, Maria. 2015. *Patriarchat und Kapital*. München: bge-verlag.

Sander, Helke. 1968. Rede zur 23. Delegiertenkonferenz des SDS. Zugegriffen 19. August 2018. http://www.1000dokumente.de/index.html?c=dokument_de&dokument=0022_san&object=translation&l=de.

Schuldt, Hans-Joachim. o. J. „Stichwort:»Erst-«»Zweit-«und»Drittmittel«“. *DIE Zeitschrift für Erwachsenenbildung*. Zugegriffen 22. August 2018. https://www.die-bonn.de/zeitschrift/22007/Stichwort_Erst_Zweit_Drittmittel.htm.

TOTAL E.-QUALITY Deutschland e.V. o.J., „Chancengleichheit in Forschung und Lehre - Freie Universität Berlin“. Zugegriffen 19. August 2018. <https://www.total-e-quality.de/die-praedikatstrager/erfolgsgeschichten/fu-berlin/>.

Truman, Andrea. 2004. „Von feministischer Staatskritik zu Gender Mainstreaming“. *alaska – Zeitschrift für Internationalismus*. Berlin. Zugegriffen 22. August 2018. <https://www.linksnet.de/artikel/18785>
Vereinte Mitte. 2006. *Programmatische Grundsätze für die Hochschulpolitik der Vereinten Mitte*. Zugegriffen 22. August 2018. <http://page.mi.fu-berlin.de/jhs67/vm/Programmatik.pdf>.

Zentrale Frauenbeauftragte der Freien Universität Berlin. 2014. „Gleichstellung konkret - Berichtsreihe der zentralen Frauenbeauftragten | Band 1“, Zugegriffen 19. August 2018. https://www.fu-berlin.de/sites/frauenbeauftragte/media/Gleichstellung_konkret_Web_II.pdf.

Zetkin, Clara. 1889. *Für die Befreiung der Frau*. In: Clara Zetkin, *Ausgewählte Reden und Schriften Band 1*. 1957. Dietz Verlag: Berlin.